



Freie Wähler Marktheidenfeld
Stadtratsfraktion
Burkhard Wagner
Fraktionssprecher
Wachengrundstraße 7
97828 Marktheidenfeld
0160-7058152
@ burkhardwagner@t-online.de
www.fw-marktheidenfeld.de

Marktheidenfeld, 07.11.2018

Haushaltsberatungen der Stadt Marktheidenfeld für das Jahr 2020 Stellungnahme der Fraktion FREIE WÄHLER

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, liebe Mitbürger!

Mit dieser Haushaltsberatung gehen wir in die Endphase der aktuellen Wahlperiode. Nachdem wir im letzten Haushaltsjahr einen Rekordhaushalt zu beraten hatten, sehen wir uns in diesem Jahr einer erneuten Steigerung gegenüber.

Es wird eine weitere Erhöhung des Gesamtvolumens auf über 75 Millionen Euro zu beraten und zu beschließen sein.

Wie die Kämmerin bei der Vorstellung des Haushaltes 2020 bereits aufgezeigt hat, werden nach Abschluss der begonnenen Projekte, die Rücklagen der Stadt Marktheidenfeld aufgebraucht sein.

Sicher sind die Investitionen sinnvoll und perspektivisch angelegt, bedeuten jedoch auch, dass die Investitionen in öffentliche Gebäude und die Projekte im Rahmen der Gemeindeentwicklungskonzepte nachhaltige Folgekosten durch Pflege und Instandhaltung auslösen.

Dieses findet seinen Niederschlag im Arbeitsaufwand und damit einhergehend auch bei den Personalkosten. Aktuell stehen 241 Bedienstete in einem Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt Marktheidenfeld, was sich nach Eingliederung des Wasserwerkes in den städtischen Haushalt, bei den Personalkosten in Höhe von 9,8 Millionen Euro aufsummiert.

Ebenso ist es erstmals seit längerer Zeit notwendig die geplanten Investitionen durch eine Kreditaufnahme zu ermöglichen.

Diesen steigenden Kosten stehen die zu erwartende Gewerbesteuer in Höhe von 10 Millionen Euro gegenüber, sowie die erfreuliche Ansatz der Einnahmen aus der Einkommenssteuer in Höhe von ca. 9,25 Millionen Euro.

In Anbetracht der massiven Investitionen und dem Aufbrauchen der gesamten Rücklagen in Höhe von 42 Millionen Euro, gilt es die weitere Entwicklung unserer Stadt unter dem Leitsatz **NOTWENDIGES statt WÜNSCHENSWERTEM** fortzuschreiben.

Dieser zurückhaltende Ausblick wird deutlich untermauert durch die aktuellen Prognosen aus dem Bundesfinanzministerium, welche einen Rückgang der Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen in den nächsten Jahren voraussieht.

Es gilt von daher die zukünftigen Vorhaben in unserer Stadt nach dieser oben genannten Faustregel zu prüfen und zu priorisieren. Wir sehen diese Schwerpunkte vorrangig in der Schaffung von nachhaltiger verkehrstechnischer und sozialer Infrastruktur sowie der bewussten Berücksichtigung von ökologischen Maßnahmen.

Über unseren Wirkungskreis hinaus mahnen wir nach wie vor ein zügiges Handeln zur Sicherung und Ertüchtigung des Schulstandortes Marktheidenfeld an.

Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, bedarf es weiterhin der bereits oben beschriebenen stabilen Steuereinnahmen, die wir zweifelsohne unseren Unternehmen und Betrieben verdanken. Hierfür gebührt diesen unser ausdrücklicher und aufrichtiger Dank!!!

Wie einleitend beschrieben sehen wir besonders im Bereich

Natur, Umwelt, Energie

einen besonderen Handlungsschwerpunkt und stellen hierzu nachfolgende Anträge:

Als notwendige Maßnahme zur naturnahen Gestaltung von öffentlichen Flächen **beantragen** wir die Rekultivierung des Seitenstreifens am ZOB entlang der Luitpoldstraße.

Durch die letztjährige Waldrevision sowie eines kürzlichen Waldbegangs mit Herrn Dr. Netsch sowie unserem Stadtförster Herrn Vogel, wurden wir eindrücklich auf die akuten Schäden in unserem Stadtwald hingewiesen. Um den derzeitigen Bestand zu sichern, Ersatzpflanzungen vorzunehmen sowie notwendige Sanierungsmaßnahmen durchführen zu können, **beantragen** wir die Bereitstellung von 100.000 €.

Um unsere Forstabteilung bei der Aufarbeitung bestehender Kalamitäten zu unterstützen, stellen wir den **Prüfauftrag**, ob eine kostenlose Abgabe von geschädigtem Fichtenholz an interessierte Mitbürger möglich ist. Als zwingende Voraussetzung sehen wir selbstverständlich die entsprechende Ausrüstung und die notwendige Fachkenntnis der Interessenten.

Ebenso bitten wir die Verwaltung um eine **Prüfung** der Möglichkeit, die im städtischen Besitz befindlichen und noch vorhandenen Streuobstbestände entsprechend zu pflegen und zu erhalten. Verbunden damit sehen wir die Prüfung, ob das anfallende Obst entsprechend zu verwerten ist oder kostenfrei interessierten Mitbürgern zur Verfügung gestellt werden kann. Die Hinweisschilder an den entsprechenden Bäumen lassen sich sicher von den Mitarbeitern des Bauhofes mit wenig Aufwand installieren.

Sehr erfreulich ist die kontinuierliche Weiterentwicklung am Projekt „Lebendige Gärten“. Für die Fortführung stellen wir einen **Antrag** in Höhe von 20.000 €.

Es ist sicher unstrittig, dass das Element Wasser eine wesentliche Grundlage unserer Versorgung darstellt. Sinnvoller Weise fand diese Notwendigkeit stets das einstimmige Einvernehmen in unserem Gremium. Um diese hohe Qualität auch in ausreichendem Umfang sicher zu stellen, stellen wir einen **Prüfauftrag** an die Verwaltung, wie die nachhaltige Wasserversorgung unserer Stadt auch weiterhin gewährleistet werden kann und welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig hierzu nötig sein werden.

Im Bereich der Nutzung umweltfreundlicher Antriebssysteme, **erwarten** wir nach wie vor eine Kostenermittlung für die Errichtung von Elektro- Ladestationen inklusive Darstellung möglicher Fördermittel von EU, Bund oder Land.

Um unsere Aktivitäten im Bereich Ökologie fachlich kompetent begleitet zu wissen, bitten wir um **Prüfung** eines Beitritts der Stadt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ sowie **Überprüfung** der Möglichkeiten zur Durchführung von weiteren Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms „**Stadt Grün**“.

Um diesen veränderten Anforderungen gerecht zu werden, erlauben wir uns den Vorschlag auf Umbenennung und Neuorganisation unseres Bauamtes in Bau- und Umweltamt. Wir stellen einen **Prüfauftrag** zur möglichen Umstrukturierung und Änderung von hierarchischen Ebenen. Das bedeutet für uns, dass die Grünkolonie von einem Gärtnermeister geführt wird und direkt dem Leiter des Bau- und Umweltamtes berichtet und unterstellt ist. Als Tätigkeitsgrundlage sehen wir das Bewirtschaftungs- und Pflegekonzept, welches in den beiden zurückliegenden Jahren von uns auf den Weg gebracht wurde und welchem wir bei der Vorstellung im Januar nächsten Jahres gespannt entgegen sehen.

Um den ökologischen Schwerpunkt zu verstärken **beantragen** wir die Berufung eines Umweltbeauftragten (analog des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung) aus unserer Bürgerschaft, der zu allen Belangen bezüglich Bau- und Umweltprojekten hinzugezogen und gehört werden kann.

Ebenso **beantragen** wir weiterhin die obligatorische Prüfung zur Installation von Photovoltaikanlagen auf bestehenden und zukünftigen städtischen Gebäuden.

Stadtentwicklung, Freizeit und Kultur

In diesem Bereich sehen wir vor allem die notwendige Priorisierung der Innenentwicklung. Durch die Einführung eines Flächen-Ressourcen-Managements besitzen wir ein geeignetes Instrument um hier vorausschauend zu agieren. Wir betrachten dieses als wichtiges Handlungsfeld im Rahmen der Stadtentwicklung, zur Stärkung der Kernstadt und auch den Ortskernen unserer Stadtteile.

Als bedeutende Maßnahme in diesem Rahmen stellen wir einen **Prüfauftrag** zur Erhebung der Nachverdichtungspotentiale im Stadtgebiet, besonders im Hinblick auf die Möglichkeiten im Bereich des ehemaligen Kaufhauses Lermann einschließlich Alter Festplatz.

In diesem Zusammenhang bitten wir ebenso um **Prüfung** von Möglichkeiten um Projekte des generationenverbindenden Wohnens im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ zu initiieren bzw. zu unterstützen.

Bedingt durch klimatische Einflüsse müssen wir leider feststellen, dass natürliche Ressourcen und Ökosysteme beeinträchtigt werden. Deshalb befragen wir die **Prüfung** auf nachhaltige Sinnhaftigkeit der aktuellen Planung der Maßnahme am Heubrunnenpark mit Skaterplatz und Kneippanlage, aufgrund der rückläufigen Schüttung des Heubrunnenbaches.

In unmittelbarer Nähe befindet sich der Spielplatz an den Maradies-Seen. Dort wird in absehbarer Zeit ein altersangemessenes Spiel- und Bewegungsgerät für ältere Kinder und Jugendliche installiert.

Um diesem Personenkreis auch eine entsprechende Ruhe- und Aufenthaltszone anbieten zu können, **beantragen** wir die Ausstattung mit entsprechenden Sitzgelegenheiten.

Die Begräbniskultur hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt.

Neben der klassischen Beerdigung in Grabreihen auf unseren Friedhöfen haben sich andere Formen, wie z.B. Friedwälder entwickelt, die derzeit einen sehr großen Zuspruch erleben, aber zu Lasten der Belegung unserer Friedhöfe gehen.

Auf dem neuen Friedhof ist es uns gelungen zeitgerechte alternative Begräbnisstätten zu errichten. Hier ist, wie im Friedwald, eine laufende Grabpflege durch Angehörige nicht erforderlich. Wir stellen den **Antrag**, dass die Verwaltung im Jahr 2020 ein Konzept über die künftige Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten aller städtischen Friedhöfe entwickelt, damit auch in Zukunft unsere eigenen Friedhöfe als zeitgerechte würdige Beisetzungsstätten von unseren Bürgern erkannt und angenommen werden.

Sollte dazu externe Unterstützung durch entsprechende Planungsbüros notwendig sein, ist von der Verwaltung ein entsprechender Etatansatz zu bestimmen.

Bedauerlicher Weise konnte die GEK-Maßnahme im Stadtteil Marienbrunn, aus verschiedensten Gründen, noch nicht gestartet werden. Wir **erwarten** jedoch den verbindlichen Beginn sowie die Umsetzung im Frühjahr 2020.

Als einen wichtigen Aspekt für unsere Stadt sehen wir auch im Angebot unseres Freibades. Hier **beantragen** wir die Reaktivierung der Arbeitsgruppe Wonnemar, um Möglichkeiten für eine weitere Attraktivierung zu erarbeiten, Bedarfe zu klären und zu begleiten.

Dem Umzug der Tourist-Information in die Innenstadt stehen wir prinzipiell offen und positiv gegenüber, jedoch können wir dem **ohne ein konkretes Konzept mit Kostenermittlung**, für Personal- und Sachausstattung bzw. Kosten für einen Ersatzraum für die VHS-Kurse, nicht zustimmen. Unser Vorschlag wäre eine Anmietung und Unterbringung des Tourismusbüros in einem aktuellen Leerstands-Gebäude, um dies als Pilotprojekt über einen vereinbarten Zeitraum hin, auf Akzeptanz zu testen. Hierzu stellen wir einen **Prüfauftrag**.

Nachdrücklich betonen möchten wir die **Erwartung** auf die Errichtung der beiden Schutzhütten des Spessartbundes in den Stadtteilen Zimmern und Marienbrunn.

Nach wie vor besteht unser **Antrag** auf Erarbeitung eines Vorschlages für die Visualisierung des Schriftzuges „Marktheidenfeld“ an der Mainlände.

Verkehr

Aus ökologischer und städtebaulicher Sicht wird dem Fahrrad- sowie dem antriebsunterstützten Zweiradverkehr innerorts immer mehr Bedeutung zu kommen. Wir stellen deshalb einen **Prüfauftrag** zur Erstellung einer Übersicht über das städtische Radwegenetz und daraus resultierend die Erarbeitung einer Agenda zum weiteren Ausbau der Radwege in der Kernstadt sowie zu und zwischen unseren Stadtteilen.

Als Kleinmaßnahme im Bereich des Straßenunterhaltes **beantragen** wir die Ertüchtigung der Umfahrungsstraße an der Kita Altfeld.

Im Sinne unseres letztjährigen Beschlusses, **beantragen** wir für den Stadtteil Michelrieth die Herstellung und den barrierearmen Ausbau der Bushaltestelle „Am Forsthaus“.

Erfreulicher Weise erkennen wir, dass nach wie vor viele Angestellte und Arbeitnehmer in unserer Stadt einpendeln und so ihren Beitrag leisten zur guten finanziellen Ausstattung des städtischen Haushaltes. Ebenso wird unsere Altstadt sehr gut frequentiert. Wir sehen uns hier in der Pflicht zur notwendigen Vorhaltung von angemessenen Parkflächen.

Deshalb stellen wir den **Antrag** auf eine belastbare Prüfung durch ein Planungsbüro zu einer Röhrendurchfahrt zwischen dem Festplatz Martinswiese und dem Brückenparkplatz.

Wir sehen hier den deutlichen Vorteil, dass keine weiteren Flächen verbraucht und umgewidmet werden müssen, sondern vielmehr die vorhandenen Ressourcen effektiv genutzt werden.

Ebenso erkennen wir, wie bereits wiederholt angemahnt, einen Handlungsbedarf im Bereich des Äußeren Rings.

Sicher wird derzeit durch ein Unternehmen ein Erweiterungsbau erstellt und zusätzliche Parkflächen hergestellt. Diese Maßnahme wird jedoch den Bedarf nicht abdecken können.

Die aktuelle Situation kann getrost als chaotisch beschrieben werden und es ist nicht zu erwarten, dass der Individualverkehr der Einpendler rückläufig sein wird. Aufgrund des erkennbaren Bedarfs an Arbeitskräften sehen wir unsere Kommune hier auch in der Pflicht nach gemeinsamen zukunftsorientierten Lösungen zu suchen.

Deshalb stellen wir den **Antrag** zur proaktiven Kommunikation mit unseren führenden Industriebetrieben. Wir stellen uns vor, dass gemeinsame Überlegungen angestellt werden wie sich solche Maßnahmen planen und finanzieren lassen. Als Ziel sehen wir hier die Errichtung eines Parkdecks auf dem Gelände der aktuellen Interimslösung der Freiwilligen Feuerwehr. Eine solche Maßnahme erscheint planungsrechtlich gut umsetzbar, da neuerdings eine verkehrstechnische Anbindung an die Karbacher Straße möglich ist.

Bereits jetzt **beantragen** wir die Versetzung des Ortsdurchfahrts- sowie des Ortseingangsschildes oberhalb der Einfahrt zur Straße „Am Sportzentrum“ (auf Höhe der Mainfränkischen Werkstätten).

Im Sinne der allgemeinen Verkehrsberuhigung sowie eines Abbaus des sogenannten „Schilderwaldes“ stellen wir einen **Antrag**, dass alle Wohngebiete unserer Stadt als Tempo-30-Zonen ausgewiesen werden. Das bedeutet grundsätzlich, dass die übliche Rechts-vor-Links-Regelung ihre Anwendung findet und nicht notwendige Verkehrszeichen demontiert werden. Besonders auffällig ist diese „Schilderinfation“ in der Ulrich-Willer-Straße und den angrenzenden Straßen. Dieses Gebiet ist ein reines Wohnquartier!

Finanzen

Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Sozialen Wohnungsbau konnten wir erfahren, dass ein externes Facility-Management unsere Verwaltung entlastet. Deshalb stellen wir den **Prüfauftrag**, ob dieses Modell auch für weitere städtische Wohnungen und Liegenschaften incl. Verbrauchskostenverrechnung möglich erscheint.

Ebenso stellen wir einen **Prüfauftrag**, ob durch Einsatz von Software-Programmen die Abläufe und der Verwaltungsaufgaben an den städtischen KITAS einfacher, flexibler, effektiver und benutzerfreundlicher gestaltet werden kann.

Wir **beantragen** bei zukünftigen Projekten die Ermittlung der Mehraufwände und Mehrkosten durch die beauftragten Büros. Wir erwarten im Hinblick auf den zukünftigen Unterhalt dieser Maßnahmen eine Darstellung von Kostensteigerungen sowie absehbarem Arbeitsaufwand nach Fertigstellung (Wartung, Instandhaltung, Personalmehrung, Abschreibungen, etc.)

Zum Start der Vermarktung unseres Gewerbegebietes Söllershöhe hat der Stadtrat in 2019 einen politischen Preis zum Erwerb der Grundstücke von **50 € pro m²** festgelegt.

Die aktuellen Ist-Aufwendungen (primär für Grundstückserwerb) und die im Haushaltsplan 2020 und 2021 eingestellten Beträge (10,6 Millionen Euro) zeigen für die Herstellung des Gewerbegebietes, dass bei Verkauf, der Ansatz des Verkaufspreises von 50 € pro **m²** zu einer massiven Unterdeckung von über 3 Millionen Euro führen würde.

Für die bislang größte Einzelinvestition der Stadt Marktheidenfeld von aktuell ca. 18,1 Millionen Euro gilt es, die dafür eingesetzten Mittel und Entwicklungen, im Auge zu behalten.

Da die ersten Anfragen für das Gebiet zu erwarten sind, ist eine Anpassung, wie bei der Erstfestlegung im Stadtrat besprochen, vorzunehmen.

Im Rahmen einer soliden Haushaltsfinanzierung stellen wir den Antrag für **Neuanfragen ab 01.01.2020, den m²-Preis auf 60,00 €** anzuheben und eine jährliche Überprüfung des m²-Preises durch die Kämmerei dem Stadtrat zur Kenntnis vorzulegen.

Darüber hinaus **beantragen** wir den Kaufpreis im Gewerbegebiet Schlossfeld **ebenfalls auf 60 Euro pro m²** anzuheben.

Diese beiden Gewerbegebiete bilden die Flächenreserven für die Weiterentwicklung unserer Stadt als Gewerbe- und Industriestandort. Der Ankauf sowie die Erschließung dieser Flächen wurden mit öffentlichen Mitteln finanziert und sind auch eine Grundlage für weitere notwendige Investitionen. Wir haben nichts zu verschenken!!!

Schulen, Kinder, Jugend, Familien und Bildung

Wie in der Vergangenheit bereits mehrfach betont erwarten und **beantragen** wir die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Erweiterungsbauten unserer Grundschule mit Mensa, im Hinblick auf die Berücksichtigung unseres städtischen Musikinstitutes. Wir erkennen hier einen klaren Synergie-Effekt besonders aus dem Blickwinkel der Ganztagsbetreuung unserer Kinder und Jugendlichen.

Bei der Mittelschule zeichnet sich für die nächsten Jahre ein erheblicher Sanierungsbedarf ab, was unsere Stadt als größte Mitgliedsgemeinde dieses Schulverbandes spürbar belasten wird. Dies gilt es bei der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Bedauerlicher Weise liegen uns nach wie vor keine weiteren und differenzierten Planungen im Bezug auf die Umsetzung des Schulkonzeptes für die kreiseigenen Schulen seitens des Landkreises Main-Spessart vor.

Wir **fordern** nachdrücklich eine zeitnahe Errichtung und Vorhaltung von angemessenen und zeitgemäßen **Unterrichtsbauwerken für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises Main-Spessart**.

Die künftige Nutzung des Krankenhauses in Marktheidenfeld zu begleiten und zu unterstützen ist auch 2020 eine sehr wichtige Aufgabe für unser Ratsgremium.

Die geriatrische Reha hat sich in den letzten Jahren sehr gut etabliert und ist auch von der Zeitschrift „Focus Money“ als Top-Reha-Klinik ausgezeichnet worden.

Das Angebot wurde vor kurzem um eine Geriatrische Institutsambulanz (GIA) erweitert, die Hausärzte bei der Behandlung von multimorbiden geriatrischen Patienten berät und unterstützt.

Wir freuen uns, dass durch das erfolgreiche Reha-Angebot viele qualifizierte Arbeitsplätze am Klinikum gehalten werden können.

Das Facharztangebot soll weiter ausgebaut werden. Da es hier von der kassenärztlichen Vereinigung jedoch Niederlassungsbeschränkungen gibt, wollen wir Fachärzte unterstützen, die am Klinikstandort eine Zweigpraxis einrichten wollen.

Ziel muss es sein ein hier in Marktheidenfeld auf Dauer ein umfassendes Haus- und Facharztangebot zu etablieren.

Zum Abschluss unserer Stellungnahme möchten wir es nicht versäumen, uns ausdrücklich bei allen zu bedanken, die sich in unserer Stadt in Vereinen, Hilfs- und Rettungsdiensten, den Feuerwehren, als Aktivposten in Beiräten und Projektgruppen sowie im sportlichen, sozialen und religiösen Ehrenamt engagieren.

In verschiedenen Zusammenhängen haben wir auf diese wertvollen Dienste an der Allgemeinheit hingewiesen und deren große Wichtigkeit betont.

Von allen Mitbürgern, Mandatsträgern und Institutionen kann verlangt werden diesen Engagements den notwendigen Respekt entgegenzubringen.

Zum Ende unserer Ausführungen darf ich mich erneut, und nicht nur aus Gründen der Höflichkeit, bei unserer Ersten Bürgermeisterin und den Damen und Herren des Sitzungsdienstes und der gesamten Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit